

Streitzeit



■ War die Wahl doch egal?

Die Beteiligung an der Bundestagswahl erweckt fast den Eindruck, dass diese Wahl vielen Wahlberechtigten doch egal war.

Nichtwähler stärkste Kraft

Die Wahlbeteiligung lag unter 71%, so niedrig wie noch nie bei Bundestagswahlen. 29,2% der Wahlberechtigten wählten gar nicht, 23,6% CDU/CSU, 16,1% SPD, 10,2% FDP, 8,3% die Linke, 7,5 % die Grünen.

Schwarz-Gelb hat eine satte Mehrheit im Bundestag, konnte aber nur 33,8% aller Wahlberechtigten für sich gewinnen. Eine „klare bürgerliche Mehrheit“ (was ist das überhaupt?), die die FDP sieht, gibt es also nicht.

5-Parteien-System

Die kleineren Parteien konnten alle zulegen, ein 5-Parteien-System hat sich etabliert. In Bayern stimmten nur noch 42,6% der Wähler für die CSU (minus 6,7 Prozentpunkte).

Dramatisch ist der Einbruch der SPD. Sie verlor gegenüber der letzten Wahl über 6,2 Millionen Wähler, kam bundesweit auf nur noch 23%. Damit zeigte sich, was sich schon länger andeutete: Unsoziale Politik wird auch von Politikern mit SPD-Parteibuch nicht honoriert.

Erfreulich ist, dass die rechten Parteien DVU und NPD keinen Stich machen konnten.

So wählten Gewerkschafter

Gewerkschaftsmitglieder haben deutlich gegen das Gesamtergebnis gewählt: 60% wählten die Parteien SPD, Linke und Grüne. Die SPD verlor bei Gewerkschaftern gegenüber 2005 13,7 Prozentpunkte. Zugelegt gegenüber der Wahl 2005 haben bei Gewerkschaftsmitgliedern die Linke auf 17,2%, aber auch die FDP auf 9,2%.

Folgen für Gewerkschaften

Die Koalition, die wir verhindern wollten, hat gewonnen: Schwarz-Gelb. Selbst in Gewerkschaftskreisen und bei Arbeitern hat die FDP zugelegt. Für uns folgt daraus: Wir müssen die ideologischen und politischen Mit-Verursacher der Krise noch deutlicher benennen und vor allem Alternativen aufzeigen. Dabei müssen auch und gerade unsere Mitglieder stärker einbezogen und überzeugt werden. Gewerkschaftliche Bil-

dung ist nötiger denn je.

Gewerkschaften müssen ein Sammelbecken für die Diskussion und die Umsetzung einer anderen, sozialen Politik sein. Wer sonst? „Sozial statt neoliberal“ bleibt auf der Tagesordnung.

Trotz gemeinsamer Geschichte mit der SPD: Das 5-Parteien-System hat sich etabliert – damit müssen die Gewerkschaften arbeiten und ihre Positionen in alle Parteien tragen. Eine enge Fixierung auf die SPD verbietet sich schon aus mathematischer Machtlogik.

Last but not least: Wer Politik, gerade vor Wahlen, beeinflussen will, muss dies geschlossen, kraftvoll und gemeinsam tun. Die Vereinzelung gewerkschaftlicher Aktionen führt dazu, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht als Einheit wahrgenommen wird. Aber wir wissen: Einigkeit macht stark!

■ Startschüsse

Kaum waren die Stimmzettel der Bundestagswahl ausgezählt, da jubelten die Arbeitgeber und deren Verbände: Ihr Ziel, eine schwarz-gelbe Koalition, war erreicht.

Die ersten Forderungen der Wirtschaftslobbyisten an Schwarz-Gelb lassen Übles befürchten. BDA-Chef Dieter Hundt fordert Einschnitte beim Kündigungsschutz und „mehr Flexibilität in der Arbeitsmarktordnung“. Natürlich will er Unternehmen bei Steuern und Abgaben entlasten sowie die Ausgaben der Sozialversicherungen senken. „Das ist ja nichts Neues“, könnte man meinen und zur Tagesordnung übergehen. Aber weit gefehlt: Insbesondere die FDP wird die Äußerungen der Arbeitgeber dankbar aufgreifen, um sie in die Koalitionsvereinbarungen einzubringen. Den Schaden hätten wiederum die Arbeitnehmer.

Die „Streitzeit“ wird sich in einer Serie mit den aktuellen „Reform“-Vorstellungen der bayerischen Arbeitgeber auseinandersetzen und Argumente und Positionen für „Sozial statt neoliberal“ liefern.

